

INFRASTRUKTUR #2

FAKTENBLATT

FÜR HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Doch vielen, selbst finanzstarken Städten und Gemeinden, droht durch die Corona-Krise die Pleite. Zwar wurden in Rettungspaketen Entlastungen für die Kommunen beschlossen: Der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für Grundsicherungsberechtigte wurde erhöht und Gewerbesteuerausfälle für 2020 kompensiert. Doch die Auswirkungen werden auch danach noch spürbar sein. Die hohe Last der Altschulden lässt vielen Kommunen schon seit langem kaum Luft zum Atmen. Gespart wird dann zuerst bei den freiwilligen Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, wie den Theatern, dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der Kranken- oder Altenpflege oder beim Personal im Öffentlichen Dienst. Also dem, was Kommunen lebenswert macht und Arbeitsplätze schafft.

Der „Dispo für Kommunen“

Vierorts überbrücken Kommunen finanzielle Engpässe mit so genannten Kassenkrediten, dem „Dispo für Kommunen“. Ursprünglich als kurzfristiger Liquiditätspuffer gedacht, haben Städte und Gemeinden bis 2019 32,5 Mrd. Euro Kassenkredite aufgenommen. Hinzu kommen Wertpapierschulden. Das tun sie nicht, weil sie „über ihre Verhältnisse leben“. Vielmehr sind Kassenkredite die letzte Rettung im Strukturwandel, der hohe Sozialkosten verursacht. Zusätzlich wurden immer neue Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen übertragen, ohne gleichzeitig die finanzielle Ausstattung zu sichern: Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung, DigitalPakt Schule. Überbordende Kassenkredite rufen die jeweilige Kommunalaufsicht auf den Plan: So können umfangreiche Sparmaßnahmen angeordnet werden, ebenfalls droht eine Privatisierungswelle öffentlicher Unternehmen. Dadurch werden unter Umständen Leistungen für BürgerInnen teurer und schlechter. Zudem besteht die Gefahr, dass Handlungsspielräume der betroffenen Kommunen immer weiter schrumpfen.

Kommunen ertüchtigen

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen langfristig zu sichern und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, braucht es verschiedene Maßnahmen. So sollte ein bundesweiter Altschuldentilgungsfonds geschaffen werden. In einem solchen Fonds werden Kassenkredite hoch verschuldeter Kommunen zusammengefasst und Zins und Tilgung in Gemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden übernommen. So erhalten sie auf dem Kapitalmarkt bessere Konditionen für

eine Kreditaufnahme. Ein Altschuldentilgungsfonds allein garantiert jedoch nicht, dass Kommunen dauerhaft anhand gesellschaftlicher Bedarfe investieren können – bröckelt die Einnahmehasis, verpufft der finanzielle Spielraum bereits nach wenigen Jahren. Deshalb muss auch die finanzielle Einnahmehasis der Kommunen gestärkt werden: Durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer sowie durch die Reform der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Der DGB fordert

- weitere Entlastungen der Kommunen von Corona-Folgen
- einen Altschuldentilgungsfonds und investitionsfreundliche Reformen der Schuldenbremse
- die Stärkung der finanziellen Einnahmehasis der Kommunen.

DGB-Position „Corona-Finanzierungssäulen für Kommunen. Handlungsfähigkeit erhalten, Investitionen ermöglichen!“: <https://www.dgb.de/-/WJc>

TOP 5 DER KOMMUNEN MIT DEN HÖCHSTEN KASSENKREDITEN JE EINWOHNER 2017

	Kommune	Kassenkredite in Euro je Einwohner
1	Pirmasens	8.239
2	Oberhausen	7.634
3	Kaiserslautern	6.843
4	Mühlheim an der Ruhr	6.241
5	Hagen	5.763

Tabelle: Bertelsmann Stiftung (2019): Kommunalen Finanzreport 2019

